



## NIEDERSCHRIFT

### 10. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 27.01.2011
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:50 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

---

Herr Stv. Matthias Feilen - SPD-Fraktion	ja
Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion	ja
Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion	Vertretung für: Herrn Stv. Loosz, Detlef
Frau Stv. Anna Nießen-Stellmach - SPD-Fraktion	Vertretung für: Herrn Stv. Plum, Heinrich
Herr Stv. Gustl Rinkens - SPD-Fraktion	ja
Herr Stv. Franz-Josef Altdorf - SPD-Fraktion	ja
Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion	ja
Herr Peter Steingass - CDU	ja
Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU-Fraktion	ja
Herr Stv. Guido Gebauer - ABU-Fraktion	ja
Herr Hartmut Malecha - GRÜNE	ja
Herr Stv. Heinrich Liska - FDP-Fraktion	ja
Herr Josef Wisten - FWA	ja
Herr Stv. Josef Nevelz - FWA-Fraktion	ja als Gast
Herr Christian Hoffmann - REP	ja
Herr Stv. Hartmut Knippschild - Fraktionsloses Ratsmitglied	ja
Herr Edgar Spiertz - CDU	ja
Herr Ferdinand Plum - ABU	ja

#### Abwesend waren:

Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion	ja
Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion	ja
Herr Roman Hinkelmann - SPD	nein
Herr Heinz Martin Poensgen - FDP	nein
Herr Wolfgang Graf - SPD (IGBCE)	ja
Herr Peter Schongen - GRÜNE	ja

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung  
Vorlage: 2010/0852
2. Fragestunde für Einwohner gem. § 17 der Geschäftsordnung  
Vorlage: 2010/0808
3. Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse  
Vorlage: 2010/0827
4. Behindertengerechte Stadt; Absenken von Bürgersteigen  
hier: Antrag des Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 08.06.2009  
Vorlage: 2010/0851
5. Vor-Entwurf zum Landschaftsplan VII "Eschweiler/Alsdorf"  
hier: Frühzeitige Beteiligung  
Vorlage: 2011/0948
6. Bebauungsplan Nr. 305 - Am Viehau -  
a) Billigung des Bebauungsplanentwurfes und Vorstellung des Erschließungskonzeptes  
b) Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung  
Vorlage: 2011/0959
7. Forstwirtschaftsplan 2011 für den Stadtwald Alsdorf  
Vorlage: 2010/0856
8. Blühende Landschaften  
hier: Fraktionsantrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf  
Vorlage: 2010/0932
9. Parksituation in der Franzstraße  
hier: Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 12.11.2010  
Vorlage: 2010/0915
10. Beschädigung der Straße und Grundstücke durch Baumwurzeln  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 12.11.2011  
Vorlage: 2011/0971
11. Endgültige Fertigstellung der Baumaßnahme "Weinstraße" und Abschnittsbildung von Bahnhofstraße bis Kurt-Koblitz-Ring  
Vorlage: 2010/0933

12. Widmung des Stichweges ALDI an der Aachener Straße  
Vorlage: 2010/0934
  
13. Nahverkehrsplan (NVP) für die StadtRegion Aachen 2011-2015 (Gebiet des ehemaligen Kreises Aachen)  
hier: Aufstellung des NVP betreffend das Stadt Alsdorf  
Vorlage: 2010/0850
  
14. Einbeziehungssatzung Alsdorf-Hoengen, Hahnengasse
  - a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der Beteiligung der betroffenen Bürger und der berührten Behörden zur Einbeziehungssatzung Hoengen, Hahnengasse, Gemarkung Hoengen, Flur 6, Teil aus Flurstück 25
  - b) Beschlussfassung über die Einbeziehungssatzung in Hoengen, Hahnengasse, Gemarkung Hoengen, Flur 6, Teilstück aus Flurstück 25Vorlage: 2011/0957
  
15. Bebauungsplan Nr. 321 - Viehaustraße -
  - a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen und Bedenken aus der frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der öffentlichen Auslegung
  - b) Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 321 - Viehaustraße -Vorlage: 2011/0958
  
16. Anfragen und Mitteilungen  
- Sachstandsbericht Hundekotsammelstationen; Antrag FWA-Fraktion vom 13.12.2010  
Vorlage: 2011/0951

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil:

---

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung Vorlage: 2010/0852

---

##### Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung, Herr Stv. Rinkens begrüßt die Sitzungsteilnehmer, die erschienenen Zuhörer/innen, die Presse,

##### die Verwaltung:

Frau Lo Cicero-Marenberg	Technische Beigeordnete
Herr Goertz	FB 4 – Leiter
Herr Göttgens	FG 4.3 – Leiter
Herr Felkel	FG 4.3 – Mitarbeiter
Herr Dziatzko	FG 2.1 – Mitarbeiter
Herr Otte	FG 2.1 – Mitarbeiter
Herr Becher	FG 2.3 – Leiter
Frau Prömpers	FG 2.3 – Mitarbeiterin

##### sowie die Gäste

Herr Kruse	FH Aachen, Student
Professor Hebel	FH Aachen
Herr Springfeld	Büro BSV
Herr Leu	Büro BSV
Herr von der Heide	Büro VDH
Frau Sybrandi	Büro VDH
Herr Bollig	- Städteregion Aachen -
Frau Rauers	- Planungsbüro Lanaplan -
Herr Frings	- Regionalforstamt Rur-Eifel Jülicher Börde -
Herr Stv. Nevelz	- FWA-Fraktion -

zur 10. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung des Rates der Stadt Alsdorf und eröffnet diese. Er stellt fest, dass Einladung und Erläuterungen zur heutigen Sitzung allen Beteiligten form- und fristgerecht zugestellt worden sind. Außerdem fragt er nach, ob Änderungen der heutigen Tagesordnung gewünscht werden.

Im Anschluss daran bittet er darum, die Punkte – Nachverkehrsplan - und - Vor-Entwurf zum Landschaftsplan VII „Eschweiler/Alsdorf“ – in der Abhandlung der Reihenfolge zu tauschen, da Herr Zaplana heute nicht zur Sitzung erscheinen und zum Punkt Nahverkehrsplan vortragen wird.

Zudem sollten die Punkte

- Parksituation in der Franzstraße;  
hier: Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 12.11.2010

und

- Beschädigung der Straße und Grundstücke durch Baumwurzeln  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 12.11.2010

von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Als Begründung führt er an, dass sich die Verwaltung im laufenden Geschäft dieser Angelegenheiten annehmen und nicht der Fachausschuss damit befassen muss. Aus diesem Grunde bittet er die CDU-Fraktion, den Antrag zurückzuziehen.

Herr Stv. Brandt äußert seinen Unmut und betont, dass er diese Vorgehensweise nicht nachvollziehen könne, da Bürger an die CDU-Fraktion herangetreten seien, mit der Bitte, diese Missstände dem Ausschuss bekannt zu geben und für Abhilfe zu sorgen. Außerdem fielen diese Probleme nicht nur in die Zuständigkeit der laufenden Verwaltung, sondern auch in die Zuständigkeit der Stadtverordneten. Das Problem der Baumwurzeln werde z.B. nicht nur von der CDU-Fraktion, sondern auch von Herrn Stv. Krämer – SPD-Fraktion – betreut.

Herr Stv. Rinkens erwidert, dass die Anträge aller Fraktionen, die das Geschäft der laufenden Verwaltung betreffen, im Ausschuss nicht behandelt werden, da der Ausschuss hier nicht zuständig sei.

Herr Stv. Krämer erklärt, dass er sich tatsächlich persönlich um die Angelegenheit der Baumwurzeln kümmere, jedoch gemeinsam mit der Verwaltung, da diese hierfür zuständig sei, insofern stimme er der Absetzung der beiden Tagesordnungspunkte für die SPD-Fraktion zu.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt folgende Änderungen der Tagesordnung:

- der Punkt Nachverkehrsplan (NVP) für die Städteregion Aachen 2011-2015 (Gebiet des ehemaligen Kreises Aachen)  
hier: Aufstellung des NVP betreffend das Gebiet Stadt Alsdorf

und

- der Punkt Vor-Entwurf zum Landschaftsplan VII „Eschweiler/Alsdorf“  
hier: Frühzeitige Beteiligung

sollen getauscht werden.

- der Punkt Parksituation in der Franzstraße;  
hier: Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 12.11.2010

und

- der Punkt Beschädigung der Straße und Grundstücke durch Baumwurzeln  
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 12.11.2010

sollen von der Tagesordnung abgesetzt werden, da sie ein laufendes Geschäft der Verwaltung darstellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Verschiebung der Punkte: einstimmig

Absetzung der Punkte 9 und 10: Fünf Nein-Stimmen, eine Enthaltung und sechs Ja-Stimmen

---

**zu 2 Fragestunde für Einwohner gem. § 17 der Geschäftsordnung  
Vorlage: 2010/0808**

---

**Beschluss:**

Es wurden keine Fragen von Einwohnern zu den Punkten der öffentlichen Sitzung gestellt.

---

- zu 3 Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse  
Vorlage: 2010/0827**
- 

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in den letzten Sitzungen des Ausschusses für Stadtentwicklung gefassten Beschlüsse zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

- zu 4 Behindertengerechte Stadt; Absenken von Bürgersteigen  
hier: Antrag des Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung vom  
08.06.2009  
Vorlage: 2010/0851**
- 

**Protokoll:**

Herr Kruse, FH Aachen, stellt dem Ausschuss das von ihm im Rahmen seiner Studienabschlussarbeit entwickelte Konzept zur Absenkung von Bürgersteigen für eine behindertengerechte Stadt vor. Der Vortrag ist in vier Kapitel (Begriff Barrierefreiheit/ Wichtigkeit der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum/Problem der fehlenden Einheitlichkeit/ Vorstellung Konzept und Anwendungsbeispiel in der Stadt Alsdorf) unterteilt und der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Der Vorsitzende Herr Stv. Rinkens bittet Herrn Kruse darum, den Vortrag der Verwaltung und allen Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Dies wird von Herrn Kruse zugesagt.

Herr Prof. Hebbel, FH Aachen, Fachgebiet Bauingenieurwesen – Verkehrsplanung und –technik Stadt- und Raumplanung - erklärt, dass der Behindertenbeirat bereits über die Arbeit informiert wurde und seine diesbezügliche Zustimmung zum Konzept erteilt habe.

Herr Stv. Krämer bedankt sich bei den Vortragenden für diesen informativen und ausführlichen Vortrag, allerdings vermisse er den Antrag des AfS-Vorsitzenden in der Vorlage.

Herr Malecha dankt ebenfalls für diesen informativen und ausführlichen Vortrag. Er hebt besonders positiv hervor, dass nun ein auf die gesamte Stadt übertragbares Lösungsschema erarbeitet wurde.

Herr Ausschussvorsitzender Stv. Rinkens bedankt sich für den Vortrag und bittet abschließend darum, die Kosten der verschiedenen Varianten für den behindertengerechten Ausbau nachzureichen. Man sehe dem Beginn der Umsetzung mit großem Interesse entgegen.

Herr Kruse erklärt, dass er sich hierum gerne bemühen könne. Er weist jedoch darauf hin, dass etwaige Kostenschätzungen ungenau seien, da noch keine vergleichbaren Erfahrungswerte vorliegen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt den Vortrag über das Ergebnis der Bachelorarbeit zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt - darauf basierend - ein Konzept für die Stadt Alsdorf zu erstellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**zu 5      Vor-Entwurf zum Landschaftsplan VII "Eschweiler/Alsdorf"  
hier: Frühzeitige Beteiligung  
Vorlage: 2011/0948**

---

### **Protokoll:**

Herr Bollig, Städteregion Aachen, stellt dem Ausschuss den Vorentwurf zum Landschaftsplan VII vor mit Hintergrundinformationen zum rechtlichen Verfahren und dem Hinweis, dass die frühzeitige Beteiligung am 01.02.2011 beginne. Das Stadtgebiet Alsdorf sei lediglich mit einem kleinen Teil des Gemeindegebiets betroffen (ca. 25 ha). Die Präsentation wird der Niederschrift als **Anlage** beigelegt wird.

Herr Stv. Feilen bittet darum, die Internetpräsenz der Städteregion diesbezüglich zu überarbeiten, da der neue Landschaftsplan dort nicht aufgeführt sei.

Herr Bollig sichert eine Überprüfung der Angelegenheit zu und bedankt sich für den Hinweis.

Herr Ferdinand Plum fragt nach, inwieweit die bisherige landwirtschaftliche Nutzung weiterhin problemlos erlaubt sei und ob etwaige Nutzungsänderungen bzw. -intensivierungen für Landwirte problemlos möglich seien (z.B. Gemüseanbau unter Folie o.ä.).

Herr Bollig erklärt, dass - solange die Nutzung sich innerhalb des ackerbaulichen Bereichs abspiele - es sich nicht um eine landschaftsplanrelevante Änderung handle. Wenn jedoch z.B. bisheriges Dauergrünland in eine Ackerlandfläche umgestaltet werde, dann stelle dies eine Änderung der Nutzung dar.

Frau Rauers, Planungsbüro Lanaplan, stellt dem Ausschuss die wesentlichen Inhalte des Landschaftsplans VII vor. Da das Stadtgebiet Alsdorf selbst nur geringfügig betroffen sei, gehe sie insbesondere auch auf die benachbarten Landschaftsräume und Entwicklungsziele in Richtung Eschweiler/ Blausteinsee ein. Die Ausführungen sind der **beigelegten Anlage** zu entnehmen.

Herr Ferdinand Plum weist darauf hin, dass sich ein Wildwechsel an der Autobahn in der Nähe des Industrie- und Gewerbeparkes Hoengen abspiele. Bis jetzt sei zwar ein Schild „Achtung Wildwechsel“ aufgestellt worden, er regt jedoch an, hier weitere Bemühungen zu unternehmen, um Tier und Mensch zu schützen.

Frau Rauers, Planungsbüro Lanaplan, erklärt, dass der Hinweis für das weitere Verfahren aufgenommen werde. Es werde dann im Laufe des Verfahrens geprüft, ob diesbezüglich ggf. eine Festsetzung in den Landschaftsplan einfließen könne.

Herr Stv. Feilen bedankt sich für den prägnanten Vortrag. Da die Stadt Alsdorf in der Blausteinsee GmbH integriert sei, fragt er nach, ob es den Tatsachen entspreche, dass grundsätzlich nichts verändert werden könne, solange der Eigentümer der Veränderung nicht zustimme, d.h. dass die Nutzungsrechte identisch bleiben, auch wenn nun dort Naturschutzgebiet ausgewiesen wird.

Dies wird umgehend von Hr. Bollig bejaht.

Weiter fasst Hr. Feilen zusammen, dass nach dem Vortrag von Frau Rauers 33 % des Sees Naturschutzgebiet werden solle. Mit Blick auf den Istzustand (der See habe ca. 100 ha) und die bisherige Naturschutzausweisung handele es sich aber wohl künftig um ca. 60 %. Die bisherige Schutzausweisung betrage nämlich bereits ca. 20 % und von dem Rest, der bisher für die Nutzung offen blieb, sollten gemäß Vorentwurf ca. 49 % zum Naturschutzgebiet werden. Daraus ergebe sich, dass ca. 44 ha der Seefläche den Vereinen für aktive Nutzung/Wassersportnutzung zur Verfügung stünden und ca. 56 ha für Naturschutz vorgesehen seien.

Hr. Feilen verweist auf die Entstehungsgeschichte des Sees und erinnert daran, dass dort z. Zt. 10 Vereine (Tauchverein, Surf- und Segelclub etc.) sportlich aktiv seien mit rund 3920 aktiven Mitgliedern. Zudem geht er auf die bisherige Bojeneinteilung des Sees ein. Angesichts der geplanten Erweiterung der Schutzausweisung frage er sich bei der dann kleinen verbleibenden Restfläche, wie diese Vereine ihre Aktivitäten künftig noch aufrechterhalten sollen.

Im folgenden hebt er den besonderen Beitrag der Blausteinsee GmbH für die positive Entwicklung des gesamten Bereiches hervor. Die Blausteinsee GmbH trage insbesondere die Kosten für sämtliche Aktivitäten an diesem See, Betriebskosten einschließlich Wassereinleitung, Verkehrssicherung und Überwachung des Geländes gegen unbefugte Nutzungen, Entsorgung wilden Mülls, etc. Ursprünglicher Zweck dieses Bereichs sei nach dem Tagebau ein Natur- und Erholungsgebiet für die Bürger gewesen. Dies werde von den Bürgern, wie die Vereinslandschaft zeige, auch deutlich angenommen. Man sei nicht gegen Naturschutz, müsse aber hier die gegenseitigen Anforderungen für Naturschutz einerseits und Naherholung andererseits ausgewogen in Einklang bringen. Da – trotz der Nutzung des Sees in der bisherigen Form mit sportlichen Aktivitäten am und im Wasser – in dem Gebiet Wasserfledermäuse, Mückenfledermäuse und viele sonstige selten gewordene Tierarten leben, bezweifle er die jetzige Flächenverkleinerungsabsicht für die Vereine, die sich im übrigen auch im Eigeninteresse in der Vergangenheit bereits für den sorgsam Umgang mit der Natur einsetzten.

Soweit er informiert sei, haben mit der Stadt Eschweiler Vorgespräche zum Vorentwurf des Landschaftsplanes mit verschiedenen dort gemachten Anregungen stattgefunden, die aber nicht in den jetzigen Stand eingeflossen seien.

Er bittet daher den Ausschuss darum, dem heute vorliegenden Entwurfsvorschlag nicht wohlwollend zuzustimmen, sondern die Interessen der Stadt Alsdorf in der Blausteinsee GmbH entsprechend zu berücksichtigen und als Hausaufgabe der Städtereion dort ein Konzept zu entwickeln, wo sowohl die Bürger als auch die Natur „gut mit leben können“.

Frau Rauers erläutert anhand des Planes eine Strichellinie, die die ursprüngliche Bojenkette darstelle und nach jetziger Verordnung auch der Grenze des

Naturschutzgebietes entspreche. Es werde lediglich ein kleiner Bereich erweitert, was aber nicht bedeute, dass in dem neuen erweiterten Naturschutzstück Wassersport künftig nicht mehr betrieben werden dürfe.

Der Wassersport werde nicht mehr beeinträchtigt als vorher auch, da die Bojenkette schon vorher als Maßnahme festgesetzt wurde. Sie stimmt zu, dass sich Erholung und Naturschutz nicht widersprechen und verweist darauf, dass man sich noch immer mit der Stadt Eschweiler in Verhandlung befinde. Es sei schon signalisiert worden, dass man den noch strittigen Bereich ggf. wieder auf die bisherige Verordnung zurücknehmen werde. Insofern gebe es dann eigentlich gar nicht so viele Veränderungen bzw. Einschränkungen zu den bisherigen Nutzungen.

Herr Stv. Feilen fragt nach, warum dann der Tauchsport aufgrund der sog. „Armluchteralgen“ eingeschränkt werden soll, bzw. wie diese Einschränkung aus den Unterlagen zu verstehen sei. Da man sich hier mit den nun vorgelegten Unterlagen auseinandersetzen habe, werde demnach die Seennutzung auf ca. 44 ha heruntergedreht.

Herr Bollig weist mit Blick auf die Vorgeschichte darauf hin, dass es einen Planfeststellungsbeschluss aus der Zeit der Erstellung des Sees gebe. In diesem sei bereits zum damaligen Zeitpunkt das jetzt zur Zeit gültige Naturschutzgebiet festgelegt worden als Fläche ohne Nutzung - für den Naturschutz. Genau diese Zone sei mit Darstellung der Bojenkette als Naturschutzgebiet angesetzt worden. Das Planungsbüro habe den ganzen See als naturschutzwürdig angesehen. Dem sei man jedoch nicht gefolgt, sondern habe nur einen kleinen Teilbereich als Naturschutzgebiet dazugenommen. Die Städteregion habe sich mittlerweile in Ihren Verhandlungen auf den Standpunkt gestellt, dass – wenn die Stadt Eschweiler darauf besteht, dass diese zusätzliche Zone wieder herausgenommen wird - sich die ULB wieder auf die alten Zonen zurückziehen werde, was damit dem alten Planfeststellungsbeschluss entspreche und bereits vor 2-3 Jahren seitens der Bezirksregierung als Naturschutzgebiet übernommen worden sei. Er habe die Prozentzahlen im einzelnen nicht präsent, aber es werde dann so kommen, dass der Schutzstreifen, der wirklich von der Nutzung freigehalten werden soll, innerhalb der Linien statffinde, die bisher schon den Rechtsstatus Naturschutzgebiet aufweisen.

Herr Stv. Feilen erklärt, dass er nach den getätigten Aussagen von Herrn Bollig und Frau Rauer, davon ausgehe, dass es beim Status Quo bleibe und dass sich an der jetzigen Situation der Sportler durch die neue Festlegung nichts ändern werde. Unter diesen Umständen sehe er dann keine Probleme bei der Zustimmung zum Vorentwurf des Landschaftsplanes.

Herr Bollig führt nochmals aus, dass die Linien der Bojenkette auf der alten Naturschutzgebietsgrenze basieren und der eingezeichnete zusätzliche Zipfel im Landschaftsplan herausgenommen werden solle, wenn die Stadt Eschweiler im Rahmen der Beteiligung des Vorentwurfes darauf bestehe.

Herr Feilen bedankt sich und legt Wert darauf, dass im Protokoll die Aussagen des Herrn Bollig festgehalten werden, d.h. dass nicht mehr als die ca. 20 % der Seeflächen Naturschutzgebiet werden.

Herr Bollig hebt hervor, dass er sich nicht auf die Prozentzahl festlegen lasse, sondern lediglich auf die früheren festgelegten Linien.

Frau Lo Cicero-Marenberg fragt Herrn Stv. Feilen, ob ihm im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der Gesellschafterversammlung der Blausteinsee GmbH bekannt sei, dass sämtliche Anregungen der Blausteinsee GmbH bereits schriftlich an die Städteregion Aachen als Anregungen weitergegeben wurden oder ob dies im Rahmen der Beteiligung noch erfolgen werde.

Herr Stv. Feilen erklärt, dass soweit ihm bekannt sei, die Interessen und Belange der Blausteinsee GmbH weitergegeben wurden.

Herr Stv. Rinkens gehe davon aus, dass aufgrund der gemachten Zusicherungen und Ausführungen von Hr. Bollig - bezüglich der angebotenen Rücknahme der im jetzigen Vorentwurf noch weitergehenden Schutzausweisung - der Ausschuss die Ausführungen zum Landschaftsplan zustimmend zur Kenntnis nehmen könne.

=====

### **Fragen bzgl. der Saatkrähenproblematik**

Herr Stv. Mortimer fragt nach, warum die Saatkrähen in Baesweiler umgesiedelt werden und dies auf dem Alsdorfer Gebiet nicht möglich sei.

Herr Bollig führt aus, dass in Baesweiler – anders als in Alsdorf – eine akute Gesundheitsgefährdung eines Kindergartens gegeben sei. Der Baumbestand, in dem die Krähen sich angesiedelt haben, befinde sich insbesondere auf dem Gelände eines Kindergartens und alleine die Verschmutzung durch die Krähen stelle eine Gesundheitsgefährdung dar. Die Lärmbelastung auf dem Gelände des Kindergartens sei grenzwertig und die Krähenkolonie in diesem Gebiet habe sich mittlerweile sogar verdoppelt, womit eine nochmalige Erhöhung der Lärmbelastung einhergegangen sei. Da in diesem Kindergarten bereits Kinder ab einem halben Jahr aufgenommen würden, die noch ihre Schlaf- und Ruhephasen benötigen, seien diese aufgrund der erheblichen Lärmbelastung durch die Krähen nicht bzw. kaum einzuhalten. Die Städteregion Aachen sei nach einem umfangreichen Entscheidungsfindungsprozess gemeinsam mit einem Gutachter zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Vergrämungsaktion aus gesundheitlichen Aspekten hier notwendig sei.

Herr Stv. Mortimer weist darauf hin, dass sich am St.-Brieuc-Platz in unmittelbarer Nähe ebenfalls ein Kindergarten sowie Wohnbebauung befinde, die durch den Kot und den Lärm der Krähen ebenso beeinträchtigt würden und bittet den Vorgang seitens der Städteregion nochmals zu überprüfen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen zum Vorentwurf zum Landschaftsplan VII „Eschweiler/Alsdorf“ zustimmend zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

- 
- zu 6**      **Bebauungsplan Nr. 305 - Am Viehau -**  
          **a) Billigung des Bebauungsplanentwurfes und Vorstellung des**  
          **Erschließungskonzeptes**  
          **b) Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Behörden- und**  
          **Öffentlichkeitsbeteiligung**  
          **Vorlage: 2011/0959**
-

## Protokoll:

Herr Springfield, Büro BSV, stellt dem Ausschuss die verkehrlichen Konzeptaspekte im Zusammenhang mit dem geplanten Nahversorgungszentrum am zentralen Umsteigepunkt/Kreisverkehr/Lidl in Alsdorf-Mariadorf anhand einer ausführlichen Präsentation mit Mikrosimulation vor. Hinsichtlich der heutigen schlechten Verkehrsqualität am Knotenpunkt Aachener Str. / Eschweilerstr. und dem dahinterliegenden Kreisverkehr am Bushof seien verschiedene Varianten untersucht und verglichen worden, um in Verbindung mit dem Neuansiedlungsvorhaben (mit ca. 2.400 KfZ tägl. KfZ-Mehraufkommen) verbesserte Leistungsqualitäten herstellen zu können. Diesbezüglich stütze sich der hiesige Konzeptentwurf insbesondere auf eine zusätzliche Rechtsabbiegespur auf der Aachener Straße in Richtung Alsdorf/ Eschweilerstraße sowie einen oval modifizierten Kreisverkehr an der K 10 im Bereich des heutigen Kreisverkehrs am Bushof, insgesamt könne damit auch eine Verbesserung unter Verkehrssicherheitsaspekten erzielt werden. Die diesbezüglichen Ausführungen im Detail sind der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Herr von der Heide, Büro VDH, gibt noch weitere Erläuterungen zum Verfahren. Er ergänzt, dass eine Voruntersuchung stattgefunden habe, inwiefern die heute beampelte Kreuzung Aachener Str. / Eschweilerstr. in einen Kreisverkehr umgebaut werden könne. In der Gesamtbetrachtung funktioniere auch dies nicht optimal und sei insbesondere auch wirtschaftlich investorenseitig nicht darstellbar. Dieser Umbau würde ca. 450.000,- € netto kosten; da eine Kostenbeteiligung des Straßenbaulastträgers Straßen NRW nicht in Aussicht stehe, sei eine solche Maßnahme nicht verhältnismäßig und man habe daraufhin in Abstimmung mit den Beteiligten den heute vorgestellten Lösungsweg eingeschlagen. Er bittet den Ausschuss, mit dem hiesigen Stand in die frühzeitige Beteiligungsrunde zu starten.

Herr Steingass erkundigt sich hinsichtlich des Umbaus der beampelten Kreuzung in einen Kreisverkehr, wie dies alleine ohne den wirtschaftlichen Faktor beurteilt werde.

Herr Von der Heide erklärt, dass die Errichtung eines solchen Kreisverkehrs nach vorläufigen Erkenntnissen durchaus Vorteile bringen könnte; es sprengte jedoch die Möglichkeiten des Investors, gleich zwei Kreisverkehre hintereinander mit einem geschätzten Volumen von wohl mehr als 1 Mio. € zu errichten. Er weist nochmals darauf hin, dass alle heute vorgestellten Maßnahmen durch den Investor getragen werden. Leider habe der Landesbetrieb Straßen keine finanziellen Möglichkeiten, sich an dieser Stelle zu beteiligen, daher könne die Kreisverkehrslösung Aachener Str/ Eschweilerstr. allein durch den Investor nicht weiterverfolgt werden.

Hinsichtlich verkehrstechnischer Aspekte ergänzt Herr Springfield, dass platzmäßig an dieser Stelle ein Kreisverkehr möglich sei; verkehrstechnisch sei dieser auch bei den Belastungen an diesem Knoten noch möglich. Da jedoch das Zusammenspiel mit dem nur 49 m entfernten zweiten Kreisverkehr diffizile Auswirkungen habe, insbesondere unter Berücksichtigung Anbindung des Omnibusbahnhofs und der umliegenden Nahversorger von verschiedenen Seiten, die weitere Kniffligkeiten mit sich bringen, sei hier aufgrund der von vorneherein feststehenden Finanzierungslücken auf weitere detaillierte Untersuchungen verzichtet worden. Er weist darauf hin, dass ein Kreisverkehr auch nicht überall ein „Allheilmittel“ darstelle. Da an dieser Stelle in Ortslage auch insbesondere viele Fußgängerquerungen seien, ein Altenheim mit mobilitätseingeschränkten Menschen liege und auf der Aachener Straße sehr starke Verkehrsbelastungen vorherrschen, schicke man bei einer Kreisverkehrslösungen die Fußgänger über einen FGÜ, was bei vielen,

insbesondere auch älteren Menschen, durchaus Unsicherheitsgefühle hervorrufe. Eine Lichtsignalregelung (z.B. ggf. auch mit akustischer Ergänzungseinrichtung für best. Personengruppen) biete diesbezüglich durchaus eine andere Qualität.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Stv. Rinkens bittet darum, den Vortrag auch in digitaler Form den Fraktionen zur Verfügung zu stellen, was seitens des Büros zugesagt wird.

Herr Ferdinand Plum fragt hinsichtlich der Rechtsabbiegespur nach, warum vor der Spar- und Darlehenskasse von der Eschweilerstraße auf die Aachener Straße keine dritte Spur eingerichtet werde. Er gibt zu bedenken, dass der Verkehr mit einer solchen gemeinsamen Rechtsabbiege- und Geradeausspur nicht besser fließen werde, da die Rechtsabbieger zunächst wieder die Fußgänger über die Straße gehen lassen müssen. Darum fragt er nach, warum hier kein dritter separater Fahrstreifen angelegt werde.

Herr Springfeld antwortet, dass dies natürlich auch untersucht worden sei. Durch die Umverteilung der Grünphase auf der Aachener Straße mit Schaffung des dortigen neuen Rechtsabbiegers ergäbe sich eine so verbesserte Verkehrsqualität, dass die Anlegung einer solchen dritten Spur nach der Mikrosimulation zusätzlich nicht mehr als erforderlich gesehen werde. Zudem sei aus Verkehrssicherheitsgründen nur eine einstreifige Ausfahrt aus dem ovalen Kreisverkehr vorgesehen. Ein weiterer Rechtsabbieger müsse dann auch durch diesen „verengten Flaschenhals“, so dass an dieser Stelle aufgrund der kurzen Aufstellflächen eigentlich kaum zusätzlicher Verkehrsdurchsatz erzielbar wäre. Gleichzeitig müsse an dieser Stelle künftig ein breiterer kombinierter Rad-/Gehweg angeboten werden. Wenn man all dies zusammen realisiere, sei insofern auch die benachbarte private Grundstücksfläche tangiert, so dass dies in der Gesamtsicht und Verhältnismäßigkeit fachlich nicht empfohlen worden sei.

Herr Malecha bedankt sich für den ausführlichen Vortrag. Er bedauert die frühere Planungsgeschichte dieses Bereichs aus Sicht der Grünen und begrüßt daher die nun vorgeschlagenen Lösung, die durch den Investor finanziert werde und die vorgestellte Verkehrsführung. Seine Verständnisfragen zur Mikrosimulation können direkt durch Herrn Springfeld erläutert werden.

Herr Stv. F. Krämer versichert sich, dass man aufgrund der Vorlage zutreffenderweise davon ausgehen könne, dass die Städteregion Aachen ihre Zustimmung zum Vorhaben schon signalisiert habe. Er mahnt mit Blick auf die Vorgeschichte an dieser Stelle an, dass hier dringend ein flüssiger Verkehrsablauf gewährleistet sein müsse. Zudem erkundigt er sich, inwieweit die Zulieferverkehre des neuen wie bestehenden Marktes berücksichtigt worden seien, ob diese ebenfalls über die Kundenzufahrten im Kreisverkehr stattfinden oder ggf. durch separate Zufahrtsmöglichkeit in Richtung Autobahn.

Herr Vonderheide erklärt, dass die Planung diesbezüglich noch flexibel sei und etwaige Anregungen im weiteren Verfahren eingearbeitet werden könnten. Herr Springfeld ergänzt, dass die gesamten Lieferverkehre von den Kapazitäten und Abmessungen her über den Kreisverkehr abgewickelt werden könnten; man habe aber bereits, wie im Plan rot markiert dargestellt, optional eine reine Zulieferzufahrt für LKW in Richtung Autobahn vorgesehen, die man nach Wunsch so ausbilden könne.

Herr Stv. Mortimer erklärt für die ABU-Fraktion, dass diese dem Vorhaben positiv gegenüber stehe, da man damit für Mariadorf eine abgeschlossene städtebauliche Entwicklung habe und auch der bisher an der grünen Wiese liegende Busbahnhof mit einem Nahversorgungszentrum eingefasst werde. Er bittet um eine vernünftige Eingrünung des Areals, es müsse eine optische grüne Grenze zwischen Busbahnhof und Parkplätzen realisiert werden. Außerdem plädiert er ebenfalls für die Errichtung einer zweiten Anliefermöglichkeit.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung

- a) billigt den Planentwurf sowie das Erschließungskonzept.
- b) beschließt die Durchführung der frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

---

## **zu 7 Forstwirtschaftsplan 2011 für den Stadtwald Alsdorf Vorlage: 2010/0856**

---

### **Protokoll:**

Herr Frings, Regionalforstamt Rur-Eifel Jülicher Börde, erläutert den Mitgliedern nochmals den der Vorlage anhängenden Wirtschaftsplan des Forstbetriebes Stadt Alsdorf 2011. Im Anschluss daran weist er darauf hin, dass

- in einem vorhandenen Birken-Lerchen-Bestand im Zopper Wald eine Auslesedurchforstung vorgenommen werde; dort werden einige Borkenkäferfichten gefällt und im Anschluss der Bestand mit Trauben-, Eichen- und Vogelkirchen wieder aufgeforstet;
- in Mariadorf Balsamhydritpappeln gefällt werden, die in den Leitungsbereich der DB-Trassen hineingewachsen seien;
- in der Nähe des Ofdener Tierparks ein Buchenbestand, der im Eigentum der Stadt Alsdorf stehe, durchforstet werden solle; hier müssten einige Bäume aus Verkehrssicherungsgründen entfernt werden;
- in der Aufforstung Alsdorf-Blumenrath eine Fällaktion stattfinden solle; diese solle seitens der Bürgern der Stadt Alsdorf in Form einer Verlosung genutzt werden können, da die Nachfrage nach Brennholz sehr groß sei. Es seien dort entsprechende Flächen ausgezeichnet worden innerhalb derer die Alsdorfer Bürger Baumfällungen vornehmen dürften, sofern sie über die entsprechende Qualifikation und Schutzausrüstung verfügen. Diesbezüglich habe bereits ein Brennholzführerschein-Lehrgang stattgefunden, ein weiterer werde am kommenden Samstag, den 29.02.1011 angeboten. Im Anschluss daran werde eine Verlosung zur Brennholzverteilung stattfinden, die Lose könnten für 50 Euro pauschal erworben werden.

Herr Stv. Rinkens weist darauf hin, dass das Forstamt im Wirtschaftsplan „schwarze“ Zahlen ausweist.

Herr Malecha fragt nach, was mit den Gehölzen geschieht, die durch Naturgewalten zu Schaden kommen.

Herr Frings erklärt, dass diese als Brennholz verkauft würden und diese Einnahmen der Stadtkasse buchungstechnisch zugeführt werden.

Frau Lo Cicero-Marenberg bedankt sich für den Vortrag und das Engagement des Forstamtes in Verbindung mit der anstehenden Brennholzaktion sowie den besonderen Einsatz des FG 2.3 – Umwelt bei dieser Aktion.

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**zu 8 Blühende Landschaften**  
**hier: Fraktionsantrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf**  
**Vorlage: 2010/0932**

---

**Protokoll:**

Herr Malecha dankt der Verwaltung zunächst für die detaillierte Stellungnahme. Der gleiche Antrag sei ebenfalls im Stadtrat der Stadt Würselen behandelt worden und dort einstimmig nach dem Wunsch des Antragstellers beschieden worden. Er bittet darum, dem Beschlussvorschlag unter Punkt 3 teilweise zu folgen und formuliert den Beschlussvorschlag folgendermaßen:

„Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, auf Ausgleichsflächen zukünftig vermehrt eine insekten-/bienenfreundliche Aussaat und Gehölzauswahl sowie Pflege einschließlich dem Belassen von Totholz durchzuführen. Die Verwaltung soll jährlich über die durchgeführten Maßnahmen auf den betreffenden Flächen im Ausschuss für Stadtentwicklung berichten.“

Frau Lo Cicero-Marenberg weist darauf hin, dass der vorgeschlagene Beschlussentwurf hinsichtlich innerstädtischer Flächen erfahrungsgemäß kritisch zu sehen sei. Der abgewandelte Beschlussvorschlag werde aus Sicht der Verwaltung insofern empfohlen, als die Bürger und auch die Politik immer wieder an die Verwaltung herantreten und für den innerstädtischen Bereich Anregungen bzw. Beschwerden einbringen, damit das Stadtbild auch wirklich gepflegt erscheine. Bei Wildblumenwiesen und Totholzbelassung bestehe aufgrund des natürlichen Erscheinungsbildes solcher Flächen nicht bei jedermann Akzeptanz. Die jährliche Berichterstattung bzw. Information könne natürlich vorgesehen werden.

Herr Malecha erklärt, dass er die Argumentation über den innerstädtischen Bereich teilweise nachvollziehen könne, er legt jedoch Wert darauf, dass auch bspw. in städtischen Randbereichen Bereichen noch vermehrt Maßnahmen erfolgen könnten.

Herr Stv. Rinkens schlägt vor, den von der Verwaltung vorliegenden Beschlussentwurf zu folgen. Wenn die Grünen-Fraktion Vorschläge für geeignete Flächen im innerstädtischen Bereich hätten, könnten diese der Verwaltung mitgeteilt und dort hinsichtlich der Umsetzbarkeit abgeklärt werden.

Herr Stv. Mortimer und Herr Stv. Feilen stimmen dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlussvorschlag zu.

Herr Malecha stellt noch eine Verständnisfrage zur Vorlagenformulierung, die von Frau Lo Cicero-Marenberg umgehend erläutert wird.

Frau Lo Cicero-Marenberg wiederholt nochmals ihre Ausführungen, aus welchen Gründen die Verwaltung einer innerstädtischen Begrünung in dieser Form nicht empfehlen könne. Dies laufe den intensiven derzeitigen Bemühungen bezüglich eines gepflegten Erscheinungsbildes der Stadt bei gleichzeitig adäquatem Pflegeaufwand durch die städtischen Mitarbeiter entgegen. Auf Außenbereichsflächen, die auch explizit als Ausgleichsflächen z.B. von Baugebieten ausgewiesen werden, bestehe jedoch die Möglichkeit, solche Blühstreifen bspw. anstelle oder in Verbindung mit Aufforstungen, Wiesen mit Obstbäumen etc. anzulegen. Dies könne man in der Ausgleichsflächenplanung daher in Zukunft auch vermehrt vorsehen. Zusammengefasst stellen solchen Maßnahmen im Außenbereich i.d.R. kein Problem dar, doch im innerstädtischen Bereich seien Beschwerden hinsichtlich des Stadtbildes zu befürchten, was es zu vermeiden gelte.

Herr Stv. Feilen stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung seitens der SPD-Fraktion zu und begrüßt die übersichtliche und inhaltliche Darstellung der Vorlage.

Nach den Ausführungen der Frau Lo Cicero-Marenberg erklärt Herr Malecha für die Grünen-Fraktion, dass er den Satz der Verwaltung unterstützen werde und bittet um die Aufnahme der jährlichen Berichterstattung im Beschluss.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis, aufgrund derer die Anlage von Blühstreifen/Blumenwiesen auf innerstädtischen Grünflächen - Kreisverkehre, Straßenbegleitgrün - als zu problematisch bewertet wird und die weiteren bereits umfangreichen Maßnahmen geschildert werden.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, auf Ausgleichsflächen zukünftig vermehrt eine insekten-/bienenfreundliche Aussaat und Gehölzauswahl sowie Pflege einschließlich dem Belassen von Totholz durchzuführen und einmal jährlich einen Sachstandsbericht im Ausschuss zu geben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**zu 9      Parksituation in der Franzstraße**  
**hier: Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf vom 12.11.2010**  
**Vorlage: 2010/0915**

---

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, diesen Punkt wegen Nichtzuständigkeit des Ausschusses von der Tagesordnung abzusetzen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Sechs Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und eine Stimmenthaltung

---

**zu 10      Beschädigung der Straße und Grundstücke durch Baumwurzeln**  
**hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 12.11.2011**  
**Vorlage: 2011/0971**

---

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, diesen Punkt wegen Nichtzuständigkeit des Ausschusses von der Tagesordnung abzusetzen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**zu 11 Endgültige Fertigstellung der Baumaßnahme "Weinstraße" und  
Abschnittsbildung von Bahnhofstraße bis Kurt-Koblitz-Ring  
Vorlage: 2010/0933**

---

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt die Abschnittsbildung in der Weinstraße von Bahnhofstraße bis Kurt-Koblitz-Ring und stellt fest, dass die Baumaßnahme in diesem Bereich endgültig fertiggestellt ist.

Die Stadt wird den Eigentümern der durch die Anlage erschlossenen Grundstücke öffentlich-rechtliche Veranlagungsbescheide zustellen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**zu 12 Widmung des Stichweges ALDI an der Aachener Straße  
Vorlage: 2010/0934**

---

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, den Stichweg/Zufahrt der ALDI-Filiale an der Aachener Straße gemäß § 6 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen –StrWG NRW – als Gemeindestraße, Straßengruppe: Anliegerstraße, dem öffentlichen Verkehr zu widmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

---

**zu 13 Nahverkehrsplan (NVP) für die StädtRegion Aachen 2011-2015 (Gebiet des  
ehemaligen Kreises Aachen)  
hier: Aufstellung des NVP betreffend das Stadt Alsdorf  
Vorlage: 2010/0850**

---

**Protokoll:**

Herr Malecha bittet darum, die Stellungnahme der Stadt Alsdorf mit den folgenden Anregungen der Grünen-Fraktion an den AVV weiterzugeben.

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung bittet den Aachener Verkehrsverbund im Zuge der Fortführung der Euregiobahn Richtung Stolberg alle Haltepunkte bestmöglich auf die Stadt- und Regionalbuslinien abzustimmen. Bestehende Verbindungen sind zu optimieren.
2. Innerhalb der Ortsverbindung ist längerfristig durchweg die Qualitätsstufe 1 anzustreben. Kurzfristig sollte durchweg der Mindeststandard übertroffen werden.
3. Der Ausschuss für Stadtentwicklung spricht sich für die Einrichtung einer einheitlichen Tarifzone nördliche Städteregion aus, zu der künftig auch neben Alsdorf, Herzogenrath und Würselen auch die Stadt Baesweiler gehört.
4. Die Buslinie 51 sollte von und nach Aachen künftig wieder durchweg bis Baesweiler bzw. Setterich durchgebunden werden, anstelle des Beginns bzw. Endung an der Gesamtschule.

Herr Stv. Rinkens bittet darum, einen schriftlichen Antrag über die vier genannten Punkte einzureichen, damit diese in einer der nächsten Sitzungen zur Tagesordnung

gestellt und diskutiert werden können. Dabei solle ein Vertreter des AVV anwesend sein. Außerdem wäre es hilfreich, wenn für die Dinge, die Mehrkosten verursachen, ein Deckungsvorschlag seitens der Grünen-Fraktion gemacht würde.

Herr Malecha erklärt, dass er einen solchen Antrag ausarbeiten werde.

Frau Lo Cicero-Marenberg weist Herrn Malecha darauf hin, dass seine Anregungen wegen der Optimierung der Linien in den bereits gefassten Beschlüssen für den AVV bzw. den heute zu fassenden Beschluss teilweise mit ab- bzw. eingearbeitet seien. Sie verweist darauf, dass die Verwaltung bereits begonnen habe, erste Vorüberlegungen zur Buslinienoptimierung i.V.m. der Inbetriebnahme der Euregiobahn anzustellen.

Die gestellten Tarifrägen seien jedoch, z.B. im Zusammenhang mit dem angekündigten Grünen-Fraktionsantrag, gesondert zu erörtern.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung und der Aachener Verkehrsverbund GmbH für die Maßnahmen auf dem Gebiet der Stadt Alsdorf zustimmend zur Kenntnis.

Ferner empfiehlt der Ausschuss dem StädteRegionstag die Aufstellung des Nahverkehrsplans 2011 - 2015 bezüglich der Inhalte, die das Stadtgebiet Alsdorf betreffen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

- 
- zu 14 Einbeziehungssatzung Alsdorf-Hoengen, Hahnengasse**  
**a) Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen aus der Beteiligung der betroffenen Bürger und der berührten Behörden zur Einbeziehungssatzung Hoengen, Hahnengasse, Gemarkung Hoengen, Flur 6, Teil aus Flurstück 25**  
**b) Beschlussfassung über die Einbeziehungssatzung in Hoengen, Hahnengasse, Gemarkung Hoengen, Flur 6, Teilstück aus Flurstück 25**  
**Vorlage: 2011/0957**
- 

### **Protokoll:**

Herr Malecha erklärt, dass die Grünen-Fraktion diesen Beschluss nach Ausräumen der Bedenken der überregionalen Landschaftsbehörde mittragen werde.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung fasst folgenden Empfehlungsbeschluss für den Rat der Stadt Alsdorf:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt

- a) nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der Beteiligung der betroffenen Bürger und berührten Behörden die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe zur Einbeziehungssatzung Hoengen, Hahnengasse, Gemarkung Hoengen, Flur 6, Teil aus Flurstück 25
- b) die Einbeziehungssatzung (**Anlage 1**) für die Fläche in Hoengen, Hahnengasse, Gemarkung Hoengen, Flur 6, Teil aus Flurstück 25 gemäß § 34 Abs.4, Nr.3 BauGB.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

- 
- zu 15      **Bebauungsplan Nr. 321 - Viehaustraße -**  
a) **Beschlussfassung über die vorgebrachten Anregungen und Bedenken aus der frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der öffentlichen Auslegung**  
b) **Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 321 - Viehaustraße -**  
**Vorlage: 2011/0958**
- 

**Protokoll:**

Frau Lo Cicero-Marenberg hebt hervor, dass das von der Verwaltung betreute Planverfahren nach § 13 a BauGB – im Gegensatz zu sonst üblichen Bebauungsplanverfahren mit deutlich längerer Dauer – mit den Investoren und einem externen Planungsbüro in einem halben Jahr zu einem äußerst schnellen Ergebnis geführt habe und empfiehlt dieses Positivbeispiel auch für künftige vergleichbare Investorenprojekte.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung fasst folgenden Empfehlungsbeschluss für den Rat der Stadt Alsdorf:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt

- a) nach Prüfung der vorgebrachten Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung (Vorlage 2010/0874) und der öffentlichen Auslegung (Vorlage 2011/0958) die von der Verwaltung dazu vorgelegten Beschlussentwürfe
  
- b) den Bebauungsplan Nr. 321 – Viehaustraße – als Satzung.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

- zu 16      **Anfragen und Mitteilungen**  
- **Sachstandsbericht Hundekotsammelstationen; Antrag FWA-Fraktion vom 13.12.2010**  
**Vorlage: 2011/0951**
- 

**Protokoll:**

**Hundekotsammelstationen:**

Die Erläuterungen wurden der Sitzungsvorlage schriftlich beigelegt.

**Baumfällung in der Marienstraße:**

Frau Lo Cicero-Marenberg teilt mit, dass hier eine Fällung von einem Rubinie- sowie Weidenbaum aus Verkehrssicherungsgründen vorgenommen werden musste. Diese Fällung habe Kosten in Höhe von 963,90 € verursacht.

**Rückschnitt in Feldwegen Hoengener Straße/Bettendorfer Fließ:**

Hier seien Kosten in Höhe von 499,80 € angefallen.

**Schallgutachten Eisenbahnstraße:**

Frau Lo Cicero-Marenberg teilt mit, dass eine Abschlagsrechnung in Höhe von 2.380,- € am 14.12.2010 beglichen wurde.

**Gehölzrückschnitt in Alsdorf-Blumenrath**

Herr Stv. Rinkens führt aus, dass hierfür Kosten in Höhe von 714,- € entstanden seien.

### **Anfrage des Herrn Malecha bzgl. Fällung von Bäumen im Alsdorfer Burgpark**

Herr Malecha fragt nach, warum im Alsdorfer-Burgpark einige Bäume gefällt wurden und ob für die gefälltten Bäume Ersatzpflanzmaßnahmen vorgenommen werden.

Frau Prömpers erklärt, dass diese alten Bäume leider aus Verkehrssicherungsgründen gefällt werden mussten, hierfür würden Ersatzpflanzungen vorgenommen. In nächster Zeit würden Rotdörner im Nahbereich des alten Baumstandortes gesetzt. An gleicher Stelle sollten die neuen Bäume nicht gesetzt werden, da die Wurzel im Boden verbleibt und sich so der Pilzbefall evtl. auf die neuen Bäume übertragen könnte.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Mitteilungen der Verwaltung sowie die Anfrage des Herrn Malecha zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

Gez. Rinkens  
Vorsitzender des Ausschusses für  
Stadtentwicklung

gez. Geßner  
Schriftführerin